



Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

43. Sitzung (öffentlich)

26. November 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:35 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)

8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6500
Drucksache 16/6710 (1. Ergänzung)
Drucksache 16/6990 (2. Ergänzung)

Vorlage 16/2144 (Erläuterungsband)
Vorlage 16/2260
Vorlage 16/2267

hier: Einzelplan 14 und Einzelplan 02 – Kapitel 02 070

Den Änderungsantrag mit der lfd. Nr. 1 – siehe Drucksache 16/7514 – wird mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und

FDP bei Enthaltung der CDU und der PIRATEN einstimmig angenommen.

Der Änderungsantrag mit der lfd. Nr. 2 wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung von CDU und PIRATEN angenommen.

Der so geänderte Einzelplan 14 wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN angenommen.

Einzelplan 02 – Kapitel 02 070 – wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN angenommen.

2 Vorzeitige Überprüfung des Gesetzes zum Ausbau von Energieleitungen (Energieleitungsausbaugesetz – EnLAG) 12

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4811

Der Ausschuss lehnt mit den Stimmen von SPD, CDU, GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der PIRATEN den Antrag ab.

3 Zeitgemäße Evaluierungskultur für Wirtschaftsprogramme aufbauen – Wirksamkeit und Transparenz sicherstellen 14

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5276

Ausschussprotokoll 16/675
Stellungnahmen siehe APr 16/675

Der Ausschuss lehnt mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und der PIRATEN bei Enthaltung der FDP den Antrag ab.

4 Vorweggehen beim Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge 19

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/6676

Nach eingehender Debatte wird der Antrag mit den Stimmen von SPD, CDU, GRÜNEN und FDP gegen die PIRATEN abgelehnt.

5 Gesetz zur Änderung des Markscheidergesetzes 23

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/7089

Nach kurzer Aussprache stimmt der Ausschuss mit den Stimmen aller Fraktionen dem Gesetzentwurf zu.

6 Erarbeitungsverfahren Leitentscheidung Garzweiler II 24

Vorlage 16/2485

Der Ausschuss kommt überein, das Thema in der nächsten Sitzung weiter zu behandeln.

7 Den Rohstoff Braunkohle auch über das Jahr 2013 hinaus anerkennen 29

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/7159

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen von CDU und FDP ab. – Eine entsprechende Empfehlung werde dem Plenum vorgelegt.

8 Breitbandförderung der NRW.BANK effizienter gestalten 36

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/7162

Der Ausschuss kommt überein, ein Expertengespräch in einer der nächsten Sitzungen zu dem Thema durchzuführen; die Experten sollen im Obleutekreis festgelegt werden.

Nach kurzer Verständigung kommt der Ausschuss überein, diesen Punkt mit der Hinzuziehung von Sachverständigen Anfang des Jahres zu behandeln. Damit wird auch die Frist des mitberatenden Ausschusses zur Abgabe eines Votums verlängert. Einzelheiten des Expertengesprächs werden im Obleutegespräch verabredet.

9 Novellierung statt Evaluierung – Landesregierung muss Tariftreue- und Vergabegesetz zügig überarbeiten 38

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/7163

Der Ausschuss kommt überein, das Thema erst dann wieder aufzurufen, wenn der mitberatende Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr dem Ausschuss sein Beratungsergebnis mitgeteilt hat.

10 Sorgen der Bürgerinnen und Bürger beim Zubau der Windenergie ernst nehmen – Abstandsflächen zu Wohngebieten sicherstellen und Anwohner schützen 39

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/7164

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag der antragstellenden Fraktion überein, die Beratung dann aufzunehmen, wenn die mitberatenden Ausschüsse votiert hätten.

**11 Abstand nehmen von der Gebührenfinanzierung der Regelkontrolle
in der Lebensmittelüberwachung 40**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/7167

Der Ausschuss beabsichtigt, zu dem Thema eine Anhörung
im Frühjahr des nächsten Jahres durchzuführen. Einzelhei-
ten sollen im Obleutegespräch verabredet werden.

**12 Etikettenschwindel „Digitale Agenda“: Die deutsche Bundesregie-
rung ist noch immer nicht im digitalen Zeitalter angekommen! 41**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/6678

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Nach Aussprache lehnt der Ausschuss mit den Stimmen von
SPD, CDU und GRÜNEN gegen die Stimmen der PIRATEN
bei Enthaltung der FDP den Antrag ab.

13 Freies WLAN für ganz NRW – Freifunk unterstützen! 45

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/6850

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss verzichtet auf ein Votum mit Blick auf Ge-
spräche im federführenden Ausschuss bezüglich eines ge-
meinsamen Antrags.

14 Mehrwegquote stabilisieren und erhöhen 46

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/6852 – Neudruck

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss kommt überein, die im federführenden Umweltausschuss geplante Sachverständigenanhörung vor Aufnahme der Beratungen abzuwarten.

15 Situation bei der Adam Opel AG 47

Bericht
der Landesregierung

16 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Einrichtung und Zuständigkeit der Vergabekammern im Nachprüfverfahren für die Vergabe öffentlicher Aufträge 49

Vorlage 16/2384

Mit der Behandlung der Vorlage 16/2384 ist der Ausschuss zu dem Entwurf gehört worden.

17 Stand der gegenseitigen Evaluation 50

Vorlage 16/2451

18 Verschiedenes 51

Auf Vorschlag des Vorsitzenden kommt der Ausschuss überein, die abschließende Beratung zu dem Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Feststellung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer und über den Antrag der Fraktion der FDP im Zusammenhang mit dem Thema eine Sondersitzung am 5. Dezember 2014 vor dem Plenum durchzuführen.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6500
Drucksache 16/6710 (1. Ergänzung)
Drucksache 16/6990 (2. Ergänzung)

Vorlage 16/2144 (Erläuterungsband)
Vorlage 16/2260
Vorlage 16/2267

hier: Einzelplan 14 und Einzelplan 02 – Kapitel 02 070

Vorsitzender Georg Fortmeier schickt voraus, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei vom Plenum in der Sitzung am 10. September 2014 an den HFA – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse – mitberatend – überwiesen worden.

Der AWEIMH habe sich in seinen Sitzungen am 24. September und 29. Oktober 2014 bereits mit dem Haushalt 2015 beschäftigt. Heute seien die abschließende Beratung und Abstimmung vorgesehen. Als Tischvorlage liege ein Änderungsantrag von SPD und Grünen (*siehe Drucksache 16/7514*) vor.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE) erläutert, mit dem Änderungsantrag werde deutlich gemacht, dass es gemeinsames Ziel in Nordrhein-Westfalen sei, die Arbeit von Genossenschaften, den Handlungsbereich „Solidarische Ökonomie“ zu stützen. Das fuße auf der Erkenntnis, dass es im Zuge der Wirtschafts- und vor allem der Finanzkrise der Jahre 2008 und folgende eine bewusste Renaissance des regionalen Wirtschaftens gebe, auch eine bewusste Renaissance der Genossenschaften, die Menschen nutzten, um regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken.

Genossenschaften sei immer noch die insolventsicherste Unternehmensform, durchaus gewachsen mit einer sehr langen Tradition, aber auch mit sehr unterschiedlichen Handlungsfeldern von der Stadtentwicklung über die Waldgenossenschaft in Nordrhein-Westfalen, die sich vor kurzem gegründet habe, bis hin zu Betriebsübernahmen nach Insolvenzen in der Form einer Genossenschaft. Dahinter stecke insgesamt eine Gesellschaftsform, die sehr stark darauf ausgerichtet sei, Wertschöpfung in den regionalen Kreisläufen zu stärken und auch eine demokratische Mitbestimmung durch das Stimmrecht – ein Genosse, ein Stimmrecht – zu ermöglichen. Nicht nur kleine Genossenschaften bestimmten in Nordrhein-Westfalen das Geschehen, sondern es seien durchaus auch große Genossenschaften, etwa wie die traditionsreichen Volks- und Raiffeisenbanken.

Dieser Wirtschaftsform solle stärkere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Das habe man im Übrigen schon mit einem im Plenum Antrag beschlossenen Antrag unterstützt. Der Haushaltstitel im vorliegenden Änderungsantrag diene nunmehr dazu,

deutlich zu machen, dass es da ein ausgewiesenes Handlungsfeld der Landesregierung gebe, was dazu führen solle, dass Genossenschaften wüssten, dass sie im Haushalt verankert seien und so in die öffentliche Aufmerksamkeit und in den politischen Fokus gelangten.

Insofern bitte man um Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag.

Ralph Bombis (FDP) hat zu dem vorliegenden Änderungsantrag Nachfragen. Eine Frage bezüglich der bei der NRW.BANK gekürzten Mittel richte sich an den Wirtschaftsminister. In dessen Ansatz sollten nämlich 100.000 € gekürzt werden. Er wolle wissen, wie der Minister sich zu diesem Ansinnen stelle und ob möglicherweise vorher, wenn er das unproblematisch sehe, ein zu hoher Ansatz eingestellt worden sei.

Bezüglich der Förderung der Genossenschaften habe er bereits in der seinerzeitigen Plenardebatte deutlich gemacht, dass seine Fraktion grundsätzlich dem Genossenschaftswesen positiv gegenüberstehe. Im Einzelnen habe man aber bezüglich der Ausgestaltung einige Fragezeichen. Bei der konkreten Beantragung der Mittel stelle sich nun die Frage in Richtung Wirtschaftsminister als auch der beantragenden Fraktionen, was genau mit diesen Mitteln passieren sollte.

Grundsätzlich halte seine Fraktion es für richtig, das Genossenschaftswesen von der strukturellen Seite her in den Blick zu nehmen, aber es sei sicherlich nicht damit getan, irgendeinen Haushaltsansatz zu schaffen und zu schauen, was passiere. Das berge im Übrigen die Gefahr, dass irgendein Projekt gefördert werde, wovon eine oder zwei Genossenschaften besonders profitierten, man also nicht von struktureller Seite aus sachgerecht an die Thematik herangehe.

Daniel Schwerd (PIRATEN) begrüßt es, dass neuartige Genossenschaftsmodelle in den Blick genommen würden, wo man doch das bürgerschaftliche Engagement stärken wolle. Vor dem Hintergrund frage er auch, was denn tatsächlich mit den 100.000 € geschehen solle. Gehe es dabei um die Entwicklung von Konzepten, oder habe man schon ein konkretes im Blick, welches mit den 100.000 € gefördert werden solle; denn der Finanzrahmen scheine doch schon sehr genau abgesteckt.

Minister Garrelt Duin (MWEIMH) bittet um Verständnis, dass er Anträge zum Haushalt, die aus der Mitte des Landtages kämen, nicht inhaltlich kommentieren wolle. Die Landesregierung werde mit den jeweiligen Zahlen, die am Ende vom Landtag beschlossen würden, agieren. Insofern sehe er sich nicht in der Rolle, die bisher gestellten Fragen zu beantworten. Das sei Aufgabe der antragstellenden Fraktionen.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE) erläutert, zunächst sei es nicht so, dass dem Wirtschaftsminister Geld verloren gehe, sondern es handle sich um eine Umschichtung im Haushalt und um die Umbenennung einer Haushaltsstelle, die als Förderung des Handwerks und der Genossenschaften ausgewiesen gewesen sei und die jetzt in der Neuausgliederung speziell für den Bereich der Genossenschaften ausgewie-

sen werde mit dem Ziel, diese Handlungsstruktur zu stärken. Man wolle mehr Beratung ermöglichen werde.

Beispielsweise hätten sich in den vergangenen Jahren in Nordrhein-Westfalen eine ganze Reihe von Bürger-Energie-Genossenschaften gegründet. Es handle sich um ein wachsendes Feld wirtschaftlicher Betätigung mit einem nicht irrelevanten Beitrag zur Erzeugung regenerativer Energie und damit zur Energiewende.

Durch die Novelle des EEG sähen sich diese Genossenschaften mit Fragen nach ihrem zukünftigen Geschäftsfeld und nach einer Direktvermarktung für Genossenschaften in einer kleinen und überschaubaren Größenordnung. Es sei daher notwendig, mit Beratung in diesem Bereich dafür zu sorgen, dass auch Geschäftsmodelle weiterentwickelt würden. Und eine Beratungsstruktur sollte nicht nur im Bereich des Wohnungsbauministeriums vorgehalten, sondern auch durch Beratungsintensivierung dafür gesorgt werden, dass das existierende Modell Bürgergenossenschaften künftig nicht nur Betätigungsmöglichkeiten habe auf dem Markt hätten, sondern dass darüber hinaus auch ein neues Modell entstehen könnte, das helfe, für Genossenschaften ein gemeinsames Dach der Vermarktung zu entwickeln.

Genossenschaften müssten sich insofern mit ihrem Marktmodell weiterentwickeln, sie müssten sich an gesetzliche Rahmenbedingungen anpassen und bräuchten einen Zugang zur Förderstruktur, was gerade bei der NRW.BANK für Genossenschaften nicht leicht sei. Es bedürfe eines Förderlotsen, der es den Genossenschaften ermögliche, den Zugang zur Finanzierung in ähnlicher Weise sicherzustellen, wie es auch bei anderen der Fall sei. Da hätten Genossenschaften spezifische Probleme, was mit ihrer vorhandenen Kreditausstattung, aber auch mit der spezifischen Unternehmensstruktur etwas zu tun habe. Dieser Teil der vorhandenen Kapazitäten im Ministerium sollte gestützt und gestärkt werden. Und das geschehe mit diesem Antrag.

Hendrik Wüst (CDU) will nicht umfänglich zum Antrag reden; man habe dem grundlegenden Antrag zur Stärkung der Gemeinwohlorientierung und der solidarischen Wirtschaft mit zugestimmt. Deshalb trage man das Anliegen mit großer Sympathie mit, allerdings halte man diese 100.000 € nicht für zwingend erforderlich. Deswegen werde sich seine Fraktion bei dem Antrag enthalten.

Gleichwohl stelle sich an dieser Stelle die Frage, woher das Geld denn komme. Nach allem, was er wisse und im HFA ausgeführt worden sei, habe der Landesrechnungshof Doppelstrukturen bei der NRW.BANK und im Wirtschaftsministerium gerügt. Durch die sukzessive Rückverlagerung würde diese Summe von 100.000 € frei werden können. Das Geld werde also nicht aus den Förderprogrammen genommen, sondern es entstehe dadurch Potenzial, dass man Zuständigkeiten neu sortiere.

Ralph Bombis (FDP) ist ebenfalls an der Beantwortung der Frage nach der Herkunft des Geldes interessiert.

Darüber hinaus wolle er deutlich machen, dass seine Fraktion das Anliegen des Antrags, die Förderung der Gemeinwohlorientierung auf diesen kleinen Bereich zu be-

schränken, konzeptionell als etwas zu kurz gesprungen empfinde. Seine Fraktion wünschte sich einen breiteren Ansatz. Deshalb könne man dem Antrag nicht zustimmen.

Minister Garrelt Duin (MWEIMH) bestätigt die von Herrn Wüst gemachte Beschreibung bezüglich der Umverteilung der Mittel.

Den Änderungsantrag mit der lfd. Nr. 1 – siehe Drucksache 16/7514 – wird mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und FDP bei Enthaltung der CDU und der PIRATEN einstimmig angenommen.

Der Änderungsantrag mit der lfd. Nr. 2 wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung von CDU und PIRATEN angenommen.

Der so geänderte Einzelplan 14 wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN angenommen.

Einzelplan 02 – Kapitel 02 070 – wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN angenommen.